



Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLATT DER PARTEI **DIE LINKE.** FRANKFURT (ODER) | SPENDE AB 0,50 €
AUSGABE 09.2021 07. OKTOBER 2021

Danke!



Herzlichen Dank an all die Menschen, die mich im Wahlkampf unterstützt und gewählt haben.

Dennoch ist das Ergebnis für DIE LINKE katastrophal. Unser Ziel, in Brandenburg mit vier Listenmandaten in den Bundestag einzuziehen, haben wir weit verfehlt.

Ich möchte trotzdem Danke sagen! An meine Wähler:innen, Unterstützer:innen, Wahlkämpfer:innen und die vielen tollen Menschen, die ich vor und während des Wahlkampfes kennen lernen durfte.

Für diese Erfahrung bin ich unendlich dankbar.

Auch wenn das Ergebnis eine Niederlage ist, bleibt doch etwas Positives: Wir haben einen guten Wahlkampf hinge-legt. Besondere Freude hat mir die Zusammenarbeit mit vielen neuen Mitgliedern und Sympathisant:innen bereitet.

Darauf bauen wir auf!

Stefan Kunath
LINKER Direktkandidat im Wahlkreis 63
Frankfurt (Oder) Oder-Spree

Das Wahlergebnis schmerzt sehr. Aber in Sack und Asche zu gehen, ist keine Antwort. Wir werden weiter gegen die soziale Ungerechtigkeit aufbegehren, laut und unbequem, versprochen! Unterstützt du uns dabei? Wann, wenn nicht jetzt?

www.die-linke.de/mitgliedwerden

Zusammenhalten. Für Gerechtigkeit.

DIE LINKE.

Bundestagswahl 2021
Zum Ausgang der
Bundestagswahl

Seite 4

Frankfurt (Oder):
Mangelnde Gedenkkultur?

Seite 5

Klimaschutz:
Drei Lehren aus dem
Klima-Urteil des Bundes-
verfassungsgerichts

Seiten 6-7

Pflegenotstand:
In Gesundheit und Pflege
ist kein Platz für
Aktionäre!

Seiten 10-11

Termine

Fraktion DIE LINKE / BI Stadtumbau

14. Oktober 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

📍 Oderturm, Raum Heilbronn,
Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

Rotfuchs Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

15. Oktober 2021, 15:00 Uhr

Erste Bewertung und Schlussfolgerungen zum Ergebnis der BTW aus linker Sicht

Gäste: Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des "RotFuchs"-Fördervereins e.V., sowie Vertreter der Partei DIE LINKE und der DKP

📍 Begegnungsstätte "Oderblick",
Volkssolidarität Frankfurt (Oder),
Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE / BI Stadtumbau

26. Oktober 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

📍 Oderturm, Raum Heilbronn,
Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

10. November 2021, 18:00 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes

📍 Hybridsitzung, die Zugangsdaten erhaltet ihr unter frank.kreitner@dielinke-ffo.de oder mit der Einladung

Fraktion DIE LINKE / BI Stadtumbau

11. November 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

📍 Oderturm, Raum Heilbronn,
Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

Rotfuchs Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

12. November 2021, 15:00 Uhr

Politikerwechsel/Politikwechsel/Welche Entwicklung nimmt Deutschland?

Gesprächspartner ist Hans Bauer, Vorsitzender GRH e. V. und Mitglied des Vorstandes des Rotfuchs-Fördervereins e. V.

📍 Begegnungsstätte "Oderblick",
Volkssolidarität Frankfurt (Oder),
Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

18. November 2021, 09:00 Uhr

Treffen der AG Senioren

📍 Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Frankfurt (Oder), Zehmeplatz 11, 15230 Frankfurt (Oder)

Fraktion DIE LINKE / BI Stadtumbau

18. November 2021, 18:00 Uhr

Fraktionssitzung

📍 Oderturm, Raum Heilbronn,
Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)

Historische Ereignisse

12. Oktober 1949

Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

13. Oktober 1944

Befreiung des KZ Riga-Kaiserwald

22. Oktober 1983

An den von der Friedensbewegung organisierten Massendemonstrationen („Heißer Herbst“) in der Bundesrepublik beteiligen sich ca. 1,3 Mio. Menschen.

27. Oktober 1944

Befreiung des KZ Herzogenbusch

01. November 1993

Auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages vom 07.02.1992 wird aus der bisherigen Europäischen Gemeinschaft (EG) die Europäische Union (EU).

04. November 2011

Die Rechtsterroristen Mundlos und Bönhardt werden nach einem Banküberfall durch die Polizei aufgespürt und tot in ihrem Wohnmobil vorgefunden.

09. November 1938

Das NS-Regime inszeniert Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung, die als „Reichskristallnacht“ beschönigt werden.

10. November 1944

Ermordung von 13 Menschen, darunter Mitglieder der Widerstandsbewegung Edelweißpiraten in Köln-Ehrenfeld.

Jahrestage

11. September 1973 | Santiago de Chile

† Dr. Salvador Allende

16. September 1908 | Nowawes (heute Potsdam Babelsberg)

* Paul Kühne

Paul Kühne war ein deutscher Antifaschist und Widerstandskämpfer. Er war Mitglied des Roten Frontkämpferbundes (RFB) und der KPD und schloss sich den Internationalen Brigaden im Spanischen Freiheitskampf an. Nach seiner Festnahme 1941, wird er zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung wird er in das sogenannte „Bewährungsbataillon 999“ (Strafdivision 999) an die „Ostfront“ einberufen und versucht dort, zur Roten Armee überzulaufen.

Kühne erlebt die Befreiung vom Nationalsozialismus nicht mehr, er stirbt in den letzten Monaten des 2. Weltkrieges.

17. September 1913 | Berlin

* Heinz Kapelle

22. September 1918

* Hans Fritz Scholl

Hans Fritz Scholl war ein deutscher Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Er wurde wegen seines Engagements zusammen mit seiner Schwester Sophia (Sophie) Magdalena Scholl in der Weißen Rose von den Nazis ermordet.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Scholl

02. Oktober 1869 | Porbandar, Indien

* Mohandas Karamchand (Mahatma) Gandhi

05. Oktober 1953 | Lehnitz bei Berlin

† Friedrich Wolf

09. Oktober 1967 | La Higuera, Bolivien

† Ernesto (Che) Guevara

Gedenk-, Aktions- und Feiertage

Death Penalty (WCADP) & Amnesty International (AI)
10. Oktober

Welttag gegen die Todesstrafe

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)
16. Oktober

Welternährungstag / Welthungertag / World Food Day

Vereinte Nationen (UN)

17. Oktober

Internationaler Tag für die Beseitigung der Armut

Vereinte Nationen (UN)

24. Oktober

Tag der Vereinten Nationen

Deutscher Bibliotheksverband e.V.

24. Oktober

Tag der Bibliotheken

Vegan Society

01. November

Weltvegantag

Vereinte Nationen (UN)

06. November

Internationaler Tag für die Verhütung der Ausbeutung der Umwelt in Kriegen und bewaffneten Konflikten

09. November

Gedenken an die Opfer der Novemberpogrome 1938

Während der Novemberpogrome 1938 (auch Reichspogromnacht) wurden vom 07. bis 13. November mehrere hundert Juden ermordet, mindestens 300 nahmen sich das Leben. Mehr als 1.400 Synagogen, Betstuben und sonstige Versammlungsräume sowie tausende Geschäfte, Wohnungen und jüdische Friedhöfe wurden zerstört. Ab dem 10. November wurden ungefähr 30.000 Juden in Konzentrationslagern inhaftiert, wo ebenfalls Hunderte ermordet wurden oder an den Haftfolgen starben.

(Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Novemberpogrome_1938)

09. November

Gedenken an den Fall der Mauer zwischen Berlin Ost - West 1989



Hinweis:

Im Jobcenter Frankfurt (Oder) ist von Montag bis Freitag, 7:30 bis 12:30 Uhr die Erstellung von Kopien möglich.

Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle

Dienstag	10:00 – 16:00 Uhr (13:00 Uhr – 16:00 Uhr Kassenzeit)
Donnerstag	09:00 – 10:00 Uhr
Freitag	10:00 – 13:00 Uhr

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar. Ihr könnt uns aber auch eine Nachricht hinterlassen, indem Ihr diese in den Briefkasten werft.

Hinweis: Die Kontaktnachverfolgung ist weiterhin obligatorisch. In der Kreisgeschäftsstelle kann man seine Anwesenheit per **luca-App** dokumentieren.
www.luca-app.de

Die Nutzung ist selbstverständlich freiwillig. Wer die luca-App nicht nutzen möchte, muss ich weiterhin in die Anwesenheitslisten eintragen.

”

Liberty will not descend to a people, a people must raise themselves to Liberty

(Freiheit steigt nicht zu einem Volk herab; ein Volk muss sich selbst zur Freiheit erheben)

Charles Caleb Colton
11. Dezember 1777 - 28. April 1832

“

Zum Geburtstag wünschen wir allen Genoss:innen und Leser:innen alles Gute und ein wunderbares neues Lebensjahr.



Bericht aus dem Kreisvorstand vom 27.09.2021

Obwohl die Sitzung am 27.9. ganz im Zeichen der Wahlauswertung stand, wurden zuvor noch zwei Beschlüsse einstimmig gefasst:

1. Der VVN-BdA erhält auch im kommenden Jahr einen Zuschuss von 840,00 € für seine politische Arbeit.
2. Für den Zeitraum vom 01.10. bis 11.11. werden in den BOs die Wahlen der Vorstände und/oder Sprecher:innen angesetzt.

Danach konnten alle anwesenden Mitglieder des Kreisvorstandes ihre Meinungen und Erfahrungen zu den Ergebnissen der Bundestagswahl zu äußern. Nachfolgend einige Schlaglichter und grobe Einschätzungen aus dieser sehr angeregt geführten Diskussion:

Genosse Kunath dankte allen Beteiligten auf allen Ebenen für ihren Einsatz. Da wir auf Großspenden verzichten, musste viel Arbeit vor Ort selbst gemacht werden.

Für die gesamte Partei, besonders auch die Fraktion im Bundestag ist es ein großes Desaster, dass aufgearbeitet werden muss, wenn entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden sollen. Für die Wähler:innen war keine Strategie erkennbar, auch die Markenerkerne wie soziale Gerechtigkeit oder Klimagerechtigkeit. Viele Streitereien ließen uns als „zerstrittenen Haufen“ auf allen Ebenen aussehen und somit als nicht wählbar. Die Partei sucht eine neue Funktion, ebenso wie neue Zielgruppen. Sie stellt sich linker als die SPD, grüner als die Grünen dar und kann das nicht ihren Wähler:innen vermitteln. Hat DIE LINKE ein Kommunikationsproblem?

Viele Menschen sympathisieren mit grünen Ideen, können sich aber im praktischen Leben die hohen Spritpreise nicht leisten, ebensowenig das Auto einfach stehen lassen. Wie verbinde ich politische, wichtige, notwendige Ziele mit der Lebenswelt der Wähler:innen?

DIE LINKE hat kein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Parteien mehr bei denen es Überschneidungen in den Zielen

gibt. Ein weiteres Dilemma: Es wird eine soziale Opposition im Bundestag angestrebt, aber viele Wähler:innen wollen uns auch in der Regierung sehen, das konnte den Wählern nicht vermittelt werden. Dazu kam das taktische Wahlverhalten um CDU bzw. FDP zu verhindern. Aus Brandenburg konnten nur zwei Kandidat:innen, Genosse Christian Görke und Genossin Anke Domscheit-Berg in den Bundestag einziehen.

Das halbiert vor Ort die Ressourcen in Bezug auf Weiterbetrieb der Büros und Weiterbeschäftigung von Mitarbeiter:innen. So werden wir auch in Frankfurt (Oder) über einen Umzug nachdenken müssen.

Trotz allem hat die Wahlkampagne in Frankfurt auch Erfolge gezeigt. Nur wir hier haben außerhalb des Speckgürtels 12% erreicht. Das sollte als starkes Argument gegenüber dem Landesverband genannt werden, wenn es um die Verteilung zukünftiger Mittel geht. Kritisch wurde angeregt, dass im Landesvorstand zu aktionistisch agiert wurde, dass Fehleinschätzungen der Kampagnenfähigkeit in ländliche Regionen vorlagen. Allerdings konnten im Zuge der Wahlkampfkampagnen zahlreiche Sympathisant:innen gewonnen werden, zwei Neueintritte waren zu verzeichnen, andere Sympathisant:innen wurden reaktiviert. Ihnen allen sollen weiterhin Angebote zum „links aktiv werden“ unterbreitet werden - zur Politisierung und politischen Bildung.

Eine kurze Erörterung fand das Interview, welches Oberbürgermeister René Wilke der „taz“ gegeben hat. Es war im Wahlkampf keine Hilfe, eine Distanz zu René ist schwierig, da er sehr beliebt in der Stadtgesellschaft ist. Trotzdem war die menschliche Enttäuschung sehr groß.

Es wird noch einige Zeit brauchen, diese Wunden aufzuarbeiten, Schlüsse zu ziehen und diese auch gemeinsam umzusetzen. Dabei sollte die gemeinsame Idee wieder mehr im Vordergrund stehen und ich hoffe, dass der Kreisvorstand seiner politischen Verantwortung gerecht wird.

Elke Thiele

Zum Wahlausgang bei der Bundestagswahl 2021

Beschluss des Parteivorstandes vom 3. Oktober 2021

DIE LINKE.

Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE erklärt zum Wahlausgang bei der Bundestagswahl 2021:

1. Diese Wahl war für DIE LINKE eine dramatische Niederlage. Wir sind uns bewusst, dass wir diese zuallererst selbst zu verantworten haben. Einige Faktoren lagen außerhalb unseres Einflusses, aber wir müssen uns grundlegende Fragen stellen. Fragen nach unseren Fehlern, Fragen nach unserer gesellschaftlichen Funktion und unserem Profil, Fragen nach unserer Idee einer freien, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft.

2. Wir bedanken uns bei den vielen Tausenden Aktiven im Wahlkampf. Unser Dank gilt auch Gesie Löttsch, Gregor Gysi und Sören Pellmann, die mit ihren Direktmandaten dafür gesorgt haben, dass wir trotz des desaströsen Ergebnisses wieder in den Bundestag einziehen konnten. Wir werden in den nächsten Monaten die Ursachen der Niederlage gemeinsam mit unserer Parteibasis aufarbeiten, um aus den Fehlern, aber auch von guten Beispielen, zu lernen. Wir freuen uns über die 2.800 Neueintritte während des Wahlkampfes und danach.

3. Eine tieferliegende Ursache liegt in Strukturproblemen unserer Partei im Osten wie im Westen. Wir haben in den vergangenen Jahren massiv an Verankerung verloren und zu wenige neue Mitglieder gewinnen können. Diese Wahl hat gezeigt: Wir haben – bis auf wenige Ausnahmen – flächendeckend verloren. Daher müssen der Parteiaufbau und die kommunalpolitische Verankerung in der nächsten Zeit eine hohe Priorität haben. Wir müssen der Einbindung von Neumitgliedern besondere Beachtung schenken.

4. Auch wenn die Ursachen dieses Wahlergebnisses vielfältig sind, ist die Niederlage bei der Bundestagswahl auch Ergebnis öffentlich geführter innerparteilicher Konflikte der letzten Jahre. Damit einher ging eine – trotz klarer Programmatik, Parteivorstands- und Parteitagbeschlüssen – wider-

sprüchliche Kommunikation in Schlüsselfragen unserer Zeit. Das muss sich ändern. Ein Neuanfang muss daher darauf abzielen, hier eine bessere Abstimmung zwischen Partei und Fraktion sowie innerhalb der Bundestagsfraktion sicherzustellen. Der neuen Bundestagsfraktion und dem Fraktionsvorstand kommt eine hohe Verantwortung zu, auf Basis des Wahlprogramms geschlossen zu agieren.

5. Die neue Regierung trägt eine große Verantwortung für die Zukunft der Menschen in diesem Land, in Europa und der Welt. Unser Maßstab für eine andere, vorwärtsweisende Politik ist klar: bezahlbare Mieten, Schutz vor Altersarmut, gerechte Verteilung des Reichtums, entschlossene Schritte gegen den Pflegenotstand, für Abrüstung und eine friedliche Außenpolitik, einen sozial gerechten wie konsequenten Klimaschutz, Antifaschismus und Antirassismus sowie Geschlechtergerechtigkeit. Ob die Ampel oder Jamaika – wir werden in der Opposition dafür Druck machen, dass die Kosten der Corona-Krise, der Klimakatastrophe sowie des Umbaus der Industrie nicht auf die Beschäftigten und die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt werden. Wir werden das nicht allein tun, sondern in und gemeinsam mit sozialen und Klima-Bewegungen und mit den Gewerkschaften. Auch im Sinne der Millionen Menschen, die von der neuen Regierung zurückgelassen werden. Wir werden eine konsequente Oppositionspolitik machen und linke Alternativen aufzeigen.

6. Wir werden unverzüglich folgende Schritte einleiten:

> Eine zeitnahe Sitzung von Parteivorstand und Bundestagsfraktion, in der Konsequenzen aus dem Ergebnis für die gemeinsame Arbeit und die Arbeit der Fraktion diskutiert werden und gemeinsames Handeln abgeleitet wird. Daraus muss eine dauerhafte und engere Verzahnung von Parteivorstand und Fraktion erwachsen.

> Wir suchen das Gespräch innerhalb der Partei und mit Bündnispartner*innen, als auch

mit Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, NGOs und Gewerkschaften. Wir wollen auch bei den Wähler*innen nachhören. Wir möchten nicht nur fragen, „Warum habt ihr uns gewählt?“, sondern auch „Warum habt ihr uns nicht (mehr) gewählt“. Dafür wollen wir unsere Haustürgespräche fortsetzen. Innerparteilich suchen wir das Gespräch z.B. durch Regionalkonferenzen, Telefonaktionen mit unseren Mitgliedern sowie den Besuch von Kreisverbänden durch Mitglieder des Parteivorstands.

> Angesichts einer neuen Bundesregierung, des Umbruchs im Parteiensystem und der Erosion der Volksparteien wird der Parteivorstand einen Vorschlag für eine strategische Orientierung der LINKEN vorlegen.

> In Abstimmung mit den Landesverbänden die Entwicklung eines Konzeptes zur Stärkung der Partei vor Ort und zur Einbindung der vielen Neumitglieder, die gerade auch nach der Bundestagswahl in die Partei eingetreten sind.

> Der Parteivorstand leitet einen Verständigungsprozess zur inhaltlichen Weiterentwicklung ein: Das betrifft u.a. einen neuen Aufbruch im Osten, den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur, die friedliche Außenpolitik und einen solidarischen Internationalismus.

> Der Einsatz für Klimagerechtigkeit ist eines unserer zentralen Politikfelder. Wir gehen nicht davon aus, dass die Maßnahmen der kommenden Bundesregierung geeignet sein werden, der Klimakatastrophe angemessen zu begegnen. Deshalb werden wir umgehend eine Projektgruppe „Sozial-ökologischer Umbau und Klimagerechtigkeit“ einsetzen, welches aus Mitgliedern des Parteivorstands und der Bundestagsfraktion besteht. Wir werden schon im Rahmen der Koalitionsverhandlungen frühzeitig Druck machen und unsere Kompetenz im Bereich Klima weiter ausbauen (z.B. Plan zur Einhaltung der Pariser Klimaziele).

Mangelnde Gedenkkultur in Frankfurt (Oder)?

Um es vorwegzunehmen: Die in diesem Artikel erwähnten Veranstaltungen sind eine tolle Bereicherung für unsere Stadt und Region. Sie sollten und müssen im nächsten Jahr wieder durchgeführt werden. Bei der Organisation dieser Termine sollte man auf städtischer Seite aber unbedingt einen wichtigen Aspekt bedenken, auf den ich in den nachfolgenden Zeilen näher eingehen will.



Ehrendes Gedenken: 8. Mai - Tag der Befreiung am Sowjetischen Ehrenmal auf dem Frankfurter Anger.

Am 5. September fand der 2. Frankfurt-Slubice-Pride in unserer Doppelstadt statt. Der Demonstrationszug führte unter anderem auch zum oberen Brunnenplatz, wo dann einige Reden gehalten wurden. Wie jeder weiß, befindet sich dort ein Gedenkstein für die Synagoge, die 1938 an gleicher Stelle von den Nationalsozialisten niedergebrannt wurde. Zwar war es mir selbst nicht möglich, an dem Pride teilzunehmen, allerdings bin ich mit dem Auto zweimal vorbeigefahren. Dabei ist mir leider aufgefallen, dass der Gedenkstein als Sitzgelegenheit genutzt wurde. Also eine Nutzung, für die eine Gedenkstätte absolut nicht gedacht ist.

Einen Tag später fand auf dem Anger das Abschlusskonzert der Konzertreihe „Sommerklänge – Klassik im Park“ statt. Auf dem Anger befindet sich auch das Sowjetische Ehrenmal mit Ehrenfriedhof. Der Ehrenfriedhof umfasst ca. 600 Grabplatten.

Auf Fotos in den sozialen Medien war zu sehen, dass der Ansturm zum Konzert so groß war, dass das Ehrenmal als Tribüne benutzt wurde und der Bereich der Grabplatten als Sitzgelegenheit für die mitgebrachten Stühle. Es ist zwar nicht zu sehen, ob man auf den Grabplatten saß, aber das macht es ja nicht besser.

Bei diesen Bildern frage ich mich, ob wir in Frankfurt (Oder) ein mangelnde Gedenkkultur haben. Wie kann man von städtischer Seite

aus Veranstaltungen und Kundgebungen direkt auf Gedenkstätten planen und genehmigen?

Wenn ich über die Gedenkkultur in unserer Stadt nachdenke, dann fällt mir auch der unhaltbare Zustand mit den gestohlenen Stolpersteinen am Eingang zum Lenné-Park ein. Seit dem 12. Juni 2019 sind die Steine verschwunden und seitdem passiert einfach nichts, um die neubeschafften Steine wieder einzusetzen.

Am 23. Juni 2020 hat der Kreisvorstand einstimmig beschlossen (Beschluss 12 – 20) die Kosten in Höhe von 120,- Euro die für Wiedereinsetzung des Stolpersteins für Elisa Köhler zu tragen. Für diesen Stein hatte der Kreisverband sowieso die Patenschaft übernommen.

Auf Nachfrage, wann denn nun mit der Wiedereinsetzung zu rechnen sei, wurde von Frank Hühner im Namen des Historischen Vereins zu Frankfurt (Oder) e.V. dahingehend beantwortet, dass aufgrund der Corona-Pandemie, die für 2021 geplante Einsetzung auf Frühjahr 2022 verschoben sei.

Als Grund nannte man auch, dass man unbedingt die Einsetzung mit Gunter Demnig, dem Initiator des bundesweiten Stolpersteinprojektes, durchführen möchte. Da einige Genoss:innen mit dieser Entscheidung nicht einverstanden waren, baten wir darum die Wiedereinsetzung ohne Gunter Demnig

durchzuführen. Dieser Bitte wurde widersprochen, da man Gunter Demnig so lange dabeihaben möchte, solange er dazu in der Lage ist. Ich frage, ist diese Vorgehensweise dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus würdig? Ist es richtig, dass Pat:innen und Geldgeber:innen kein Mitspracherecht bei der Wiedereinsetzung haben?

Und nach all den Zeilen frage ich noch mal, haben wir in Frankfurt (Oder) eine mangelnde Gedenkkultur? Ich befürchte leider ja!

Frank Kreitner

Unterstütze die Initiative Stolpersteine mit einer Spende oder einer Patenschaft!

SPENDEN

Spenden können unter dem Stichwort „STOLPERSTEINE“ auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Historischer Verein zu Frankfurt (Oder) e.V.

IBAN: **DE47 1705 5050 3910 3297 98**

BIC: **WELADED1LOS**

Bank: **Sparkasse Oder-Spree**

ACHTUNG! Bitte bei Verwendungszweck für Spende/Patenschaft den Hinweis auf "STOLPERSTEINE" bei der Überweisung vermerken.

PATENSCHAFT

Pat:innen übernehmen eine Patenschaft für eine spezielle Person. Hierzu ist eine Abstimmung mit der Projektgruppe Stolpersteine Frankfurt (Oder) und Slubice notwendig:

spendepatenschaft@stolpersteine-ffo.de

Drei Lehren aus dem Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Es war eine krachende Niederlage für Union und SPD als Karlsruhe im Rahmen der Verfassungsbeschwerde verschiedener Klimaschutzgruppen am 24.03.2021 entschied, dass das Klimaschutzgesetz (KSG) teilweise verfassungswidrig ist. Neben dem Versagen der Regierungsparteien gibt das Urteil des neutralen und höchsten deutschen Gerichtes auch einiges über den Zusammenhang von staatlichen Schutzpflichten und Klimagerechtigkeit preis.



Als Partei ist es nicht nur sinnvoll, die Argumentation des Urteils in unser Staatsverständnis zu integrieren, sondern es empfiehlt sich auch selbige weiterzudenken, um sozialistische Position mit verfassungsrechtlichen Gedanken zu fundieren. Dies gilt auch gerade nach dem eindeutig verlorenen Wahlkampf.

Im Folgenden möchte ich anhand dreier Argumente darstellen, wo die Forderungen der LINKEN, die in vielen Punkten radikaler sind als jene der Grünen, durch den Tenor des Urteils fundiert werden.

1. Ressourcenverbrauch als Gerechtigkeitsfrage

Mehrfach wies das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil darauf hin, dass das Gebot der Verhältnismäßigkeit (Art. 20 III) nicht erfüllt ist, wenn jetzt nicht vorgenommene Einschränkungen dazu führen, dass spätere Generationen im erheblichen Maße stärker in ihren Freiheiten beschnitten werden müssen.

Hier zeigt sich, dass die Möglichkeit zum Ressourcenverbrauch auch eine immanent freiheitsrechtliche Frage ist. Exemplarisch lassen sich hier Möglichkeiten zur Mobilität oder zum Bau eines Eigen-

heims nennen, die direkter Ausdruck der persönlichen Freiheit sind.

Neben der Frage der Generationengerechtigkeit können wir als LINKE hier jedoch nur noch einmal hervorheben, dass wir Soziale Gerechtigkeit auch in der des Klimas fordern.

Entgegen Union, SPD und Grünen wollen wir Kosten und Einschränkungen der Klimakrise nicht auf die Bürger_innen abwälzen, sondern wollen eben diese Bürger:innen durch eine Verbesserung und Vergünstigung des ÖPNV entlasten. Gleichzeitig machen wir ein Ende mit der staatlichen Milliardensubvention von Dieseltreibstoff, Flugbenzin und „Biokraftstoff“.

2. Lebensschutz im vollen Umfang

Ein wichtiger Teil des Urteils war ebenfalls die Frage, ob die Regierung ihrer Pflicht zum Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit mit Blick auf die Auswirkungen des Klimawandels nachkommt. Diese Schutzpflicht gilt in erster Linie für Inländer:innen, lässt sich jedoch im reduzierten Maß auch auf im Ausland lebende Personen übertragen.

Karlsruhe war hierbei zu zögerlich, um der Regierung explizit vorzuwerfen, sie würde in Bezug auf ihre Schutzpflichten das Untermaß verletzen. Dennoch wird deutlich, dass allein durch die Möglichkeit einer Verletzung des Untermaßverbots ein

aus ethischer Sicht nicht zu tolerierender Zustand geschaffen wird.

Denn für uns als LINKE ist in Zeiten von Flutkatastrophen in Deutschland und einer steigenden Anzahl von Klimaflüchtlingen im globalen Süden klar, dass der Staat sich nicht am Untermaß orientieren sollte, wenn es um Existenzen und Leben geht. Vielmehr muss er seinen Schutzpflichten in vollem Umfang nachkommen.

Dies gilt insbesondere für jene, die aufgrund ihrer ökonomischen Stellung den Schutz des Staates am stärksten benötigen. Dies lässt sich wie unsere Partei es richtig beziffert nur durch eine Umstellung auf Klimaneutralität bis ins Jahr 2035 erreichen!

3. Klimaschutz als internationale Leitlinie

Das Bundesverfassungsgericht ist sich durchaus bewusst, dass Klimaschutz nicht auf rein nationalstaatlicher Ebene betrieben werden kann. Somit sieht es im Artikel 20a (Staatsziel: Umweltschutz) auch eine Bindung des Staates an eine internationale Gestaltung des Klimaschutzes.

Die konkrete Ausgestaltung des Klimaschutzes in Form von internationalen Verträgen wie dem Pariser Abkommen (PA) hat somit nach Karlsruhes Auslegung nahezu Verfassungsrang.

Das hierin festgeschriebene 1,5 Grad-Ziel lässt sich auch mit einigen Ungenauigkeiten in ein Co2-Budget überführen, was der Sachverständigenrat für Umweltfragen regelmäßig tut.

Der einzige Grund, aus dem Karlsruhe ein Klimaschutzgesetz, welches über

eben dieses Budget hinausgeht, nicht als komplett verfassungswidrig erachtet, ist, dass das Bundesverfassungsgericht den legitimierten Gesetzgeber bei einer nicht zu 100% sicheren Faktenlage nicht in seine Schranken weisen möchte.

Für DIE LINKE ist jedoch klar: Ein verantwortungsbewusster Gesetzgeber sollte nicht nur deswegen mit seinen Gesetzen durchkommen, weil man ihm nicht zu 100% beweisen kann, dass er sich nicht an seine eigenen Vorgaben hält. Er sollte stets und ständig sowie nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, den selbigen nachzukommen und gerade in der Frage des Klimas lieber minimal zu viel als möglicherweise immens zu wenig tun.

DIE LINKE möchte somit, dass Deutschland international Verantwortung über-

nimmt und das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommen durchsetzt: Das geht nur, wenn die Kohleverstromung bis spätestens 2030 beendet und ein Neubau von Kohlekraftwerken sowie der Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen verboten wird.

Abschließend lässt sich sagen, dass der Klimawandel ähnlich wie die Coronapandemie zeigt, dass wir einen handlungsfähigen Staat benötigen, der Wirtschaft und Profitgier die Ketten anlegt; denn nur so können die Lebensgrundlagen unseres Planeten langfristig ein von Freiheitsidealen geprägtes Leben für alle garantieren.

Das Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts hat einen Beitrag dazu geleistet, dieses Wissen wieder stärker im politischen Alltag zu verwurzeln.

Unsere Aufgabe als Linke ist es nun hieran anzuknüpfen und weiterzugehen, denn unser Ziel ist nichts Geringeres als eine sozial-ökologische Transformation.

Dies müssen wir uns auch in Zukunft auf die Fahne schreiben, wenn die Grünen sich wieder in einer Regierung befinden und aufgrund ihrer Offenheit für kapitaldienliche Positionen zwangsweise die Erwartungen einer jungen und idealistischen Klimabewegung enttäuschen werden.

Wir müssen konsequenter auf unsere Stärken setzen und diese sind präzise Analysen des wirtschaftlichen Geschehens und der Kontakt zu sozialen Bewegungen. Denn für die Linke geht es in den nächsten vier Jahren um nichts weniger als die politische Existenz.

Paul Grimm

Ein Rückblick auf den Haustürwahlkampf in Frankfurt (Oder) - und ein Ausblick

Das Wahlergebnis war hart! Allerdings haben wir diesen Entwicklungen auch etwas entgegengesetzt und lagen in Frankfurt zumindest über dem Bundes und Landestrend. Gerade unser Ergebnis bei den Erststimmen ist mit 15% immer noch solide.



Dies liegt nach meiner Einschätzung daran, dass wir einen starken und diversen Wahlkampf gefochten haben, der verschiedenste Wähler:innenmilieus erreicht hat.

Unter anderem sehe ich auch den Haustürwahlkampf, den wir als Team in Frankfurt vorangetrieben haben, als einen wichtigen Baustein in einer Strategie, die wir in Zukunft ausbauen müssen!

Wir haben mit insgesamt 5 Haustüraktionen 575 Türen beklingelt und sind mit 236 Menschen in ein Gespräch gekommen; viele davon mit so positiver Resonanz, dass wir der Überzeugung sind, dass diese Menschen ihre positive Erfahrung mit der Linken auch weitergeben werden oder dies im Vorfeld der Wahl getan haben.

Teils ergaben sich spannende inhaltliche Debatten aber in vielen Fällen waren unsere Gegenüber auch einfach froh, jemanden aus der Partei zu treffen, die sie ohnehin als die einzig wählbare betrachten.

Es ist uns sogar gelungen unter den Haustürgesprächspartner:innen einige Unterstützer für unsere Aktivitäten vor Ort zu gewinnen. Somit wurde auch in Frankfurt ein Beitrag zu den 170.000. Türen geleistet, die wir bundesweit erreicht haben. Tatsächlich befand der Haustürwahlkampf in Frankfurt (Oder) sich nach Auswertung der Bundespartei sogar auf Platz 5 in der Kategorie „Ländlicher Raum“.

Dieses Potenzial gilt es auszubauen, denn für uns geht es – und das hat das Ergebnis gezeigt – nun auch darum langfristig Direktmandate zu sichern und zu erobern, da diese unsere Lebensversicherung als Partei sind.

Um unsere Verwurzelung in der Stadt auszubauen, dürfen wir Haustürgespräche nicht als ein reines Wahlkampfmittel verstehen, sondern müssen sie als Methode begreifen, um Menschen, die ohnehin links denken, in unsere Strukturen zu holen und ihnen zu zeigen, dass Parteien nicht bloße Wahlkampfmaschinen, sondern Schnittstellen zwischen Verwaltung, Parlament und Zivilgesellschaft darstellen, in denen auch ihr Engagement gewünscht ist.

Denn leider bemerkt man gerade bei Haustürgesprächen in der Platte auch immer wieder eins: viel Resignation im Bezug auf den politischen Betrieb.

Wer ein Interesse daran hat, in Zukunft Haustürgespräche zu führen, ist eingeladen, mich über paulgrimm99@gmx.de oder die +49 1573 033 44 27 zu kontaktieren.

Paul Grimm

Eine mörderische Grenze

Um es vorwegzunehmen: Als Kreisvorstandsmitglied bin ich laut Impressum mit Herausgeber vom Roten Hahn. Daher distanzieren mich entschieden von dem Artikel „Ein etwas anderer Rückblick auf den 13. August 1961“ aus der letzten Ausgabe. Ich möchte auch erklären, warum das so ist.



Selten hat mich ein Artikel so aufgewühlt wie der betreffende Artikel. Für mich kommt dieser Artikel als eine Rechtfertigung daher dafür, dass die innerdeutsche Grenze bis 1989 in ihrer Art und Weise gerechtfertigt gewesen sei. Für diese Art der Grenze kann es nie eine Rechtfertigung und Begründung geben.

Ziel dieser Grenze war es, Fluchtversuche zu unterbinden, egal mit welchen Mitteln.

Die Verfasserin bemüht sich zwar mehrmals darauf einzugehen, dass der Mauertoten gedacht werden muss. All diese Bemühungen macht sie aber zunichte, indem sie behauptet, dass die Mauer keine mörderische Grenze war. An anderen Grenzen sind mehr Menschen gestorben als an der Mauer / innerdeutschen Grenze.

Ich musste mehrmals lesen, weil ich diese Zeilen nicht fassen konnte.

Kein Wort darüber, mit welchem Aufbau die innerdeutsche Grenze Fluchtversuche mit allen Mitteln verhindern sollte.

Grenzzaun, Kfz-Sperrgraben, ein 6-10 m Kontrollstreifen, Wachtürme, Stolperdrähte, Selbstschussanlagen, mitunter Minenfelder und zahlreicher weiterer Sicherungsmaßnahmen. Die Absicht dieser Grenze war es, eine Flucht mit allen Mitteln zu verhindern. Der Tod des Flüchtlings wurde billigend in Kauf genommen. Zudem spricht die Verfasserin „nur“ von 140 Todesopfern. Das ist aber nur die Zahl

der Toten an der Berliner Mauer. So kann man für die innerdeutsche Grenze noch mal mindestens 230 Opfer dazu zählen. Denn auch diesen Menschen gedenken wir jedes Jahr am 13. August.

Kann man bei diesen Fakten noch behaupten, dass die Grenze keine mörderische gewesen sei? Ich glaube kaum.

Man könnte auch noch die Gesetzhilfen zur Begründung dazu ziehen.

Strafgesetzbuch der DDR¹

§ 112 Mord

(1) Wer vorsätzlich einen Menschen tötet, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bestraft.

(2) Auf lebenslängliche Freiheitsstrafe kann insbesondere erkannt werden, wenn die Tat

1. ein Verbrechen gegen die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte oder ein Kriegsverbrechen ist oder aus Feindschaft gegen die Deutsche Demokratische Republik begangen wird;

2. mit gemeingefährlichen Mitteln oder Methoden begangen wird oder Furcht

und Schrecken unter der Bevölkerung auslösen soll;

3. heimtückisch oder in besonders brutaler Weise begangen wird;

4. mehrfach begangen wird oder der Täter bereits wegen vorsätzlicher Tötung bestraft ist;

5. nach mehrfacher Bestrafung wegen Gewaltverbrechen (§§ 116, 117, 121, 122, 126, 216) begangen wird.

(3) Vorbereitung und Versuch sind strafbar."

Strafgesetzbuch der BRD

§ 211 Mord

(1) Der Mörder wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

(2) Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet.

Selbst die Gesetze beider deutschen Staaten sprachen von Mord, wenn jemand heimtückisch oder mit gemeingefährlichen Mitteln getötet wird.

Als Partei sollten wir unbedingt offen, ehrlich und konsequent die Geschichte aufarbeiten. Tun wir das nicht, verlieren wir an Glaubwürdigkeit, die sich dann gravierend auf die Zukunft der Partei auswirkt. Geschichte vergisst nicht. Die DDR hat viele gute Dinge an sich gehabt, aber sie hatte auch eine dunkle Seite, zu der wir kritisch stehen müssen, ohne die Fakten weichzuspülen.

Frank Kreitner

¹ Strafgesetzbuch der DDR (1968/74) (verfassungen.de); ² www.gesetze-im-internet.de

Wie politisch ist unser Leben?

Begegnungen mit Hannelore Thürfelder

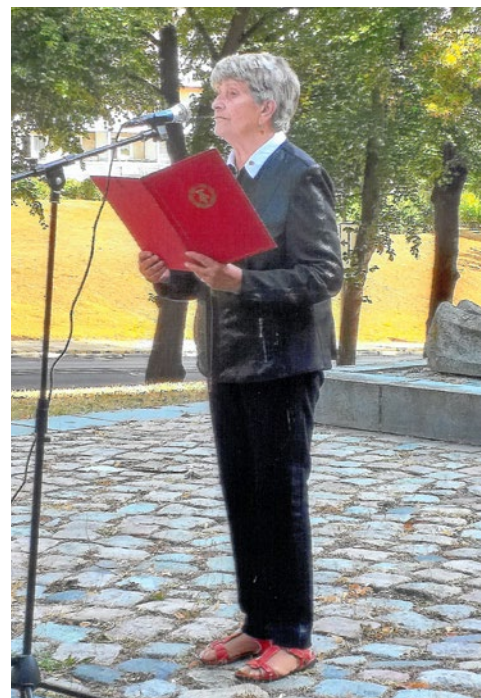
Die im Titel gestellte Frage wird sicher von jedem Menschen auf andere, auf seine Weise, und damit sehr unterschiedlich beantwortet werden. Nicht wenige werden die Schulter zucken und sagen: „Politik interessiert mich nicht. Ich bin unpolitisch.“ Das mag wohl so sein. Fest steht jedoch, dass die Politik im Leben eines jeden Menschen eingreift, und wer das abstreitet, spürt nicht, dass sehr wohl mit ihm oder gegen ihn Politik gemacht wird.

Ist es da nicht besser, sich ein reales Bild vom täglichen politischen Geschehen zu machen? Jemand, der sich kein „x“ für ein „u“ vormachen lässt, ist Hannelore Thürfelder, parteilos, aber sehr engagiert im VVN-BdA und im Arbeitskreis „Geschichte der Jugendhochschule 'Wilhelm Pieck'“. Groß, schlank, das schon ergraute Haar kurz geschnitten, ist sie jedem bekannt, der die traditionellen Treffen der Antifaschisten und Linken zum mahnenden Erinnern an Ernst Thälmann, an die Gefallenen Rotarmisten zum Tag der Befreiung am 8. Mai und an die Opfer des Faschismus im September am Ehrenmal am Karl-Lieb-

knecht-Gymnasium besucht. Hannelore Thürfelder ist auch bei den zweimal im Jahr stattfindenden Gedenken an Ernst Thälmann in Ziegenhals dabei, zu Thälmanns Geburtstag im April und zum Gedenken an seine Ermordung in Buchenwald im August 1944. Der Protest und die Empörung vieler linker Kräfte haben es nicht verhindern können, dass die Gedenkstätte in Ziegenhals geschleift wurde und der attraktive Platz am See an die Immobilienbranche zum Bau von Eigenheimen verscherbelt wurde.

Manchmal nutzt Hannelore auch die Gelegenheit, zu den Versammelten zu sprechen. Sie sagt nicht viel, was sie sagt, berührt, weil ihre Worte von Herzen kommen. Am sowjetischen Ehrenmal zitierte sie Jewtuschenkos Gedicht „Meinst du, die Russen wollen Krieg?...“ „Dieses Gedicht müsste man unseren Politikern ins Stammbuch schreiben, damit ihnen endlich klar wird: Niemals droht uns Krieg von Russland, von seinem Volk.“

Nicht unerwähnt sollen bei dieser kleinen Würdigung Hannelores ehrenamtliche



Hannelore Thürfelder beim OdF-Gedenken
Foto: Gerhard Hoffmann

Arbeit beim VVN-BdA bleiben. Aus ganz persönlichen Gründen kümmert sie sich um die Sauberkeit am Ernst-Thälmann-Denkmal, leider immer noch ohne Büste, und um die Sauberkeit am Ehrenmal für die Opfer des Faschismus. Niemand gab ihr dazu einen Auftrag. Ehrenamtliche Arbeit wird von vielen geleistet. Denken wir da nicht zu selten an ein Dankeschön?

Hannelore ist auch froh, dass sie in der Stadtverwaltung, konkret im Grünflächenamt, offene Ohren für ihr Anliegen fand. Sie erhielt einen Schlüssel, um Zugang zu der abgeschlossenen kleinen Gedenkstätte hinter dem Ernst-Thälmann-Denkmal im Kleistpark zu haben.

Am 9. November werden sich wieder Frankfurter Bürger am Gedenkstein für die im Krieg zerstörte Synagoge treffen, um der Opfer der Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung im November 1939 zu gedenken. Ich bin mir sicher, dann auch wieder Hannelore Thürfelder zu begegnen.

Ella Schleese

"Zwischen Zeuthen und Brüssel"

Jeden Freitag veröffentlicht
Helmut Scholz, Abgeordneter der
LINKEN im Europaparlament, auf
seiner Persönlichen Webseite:
www.helmutscholz.eu
einen Newsletter mit seiner Sicht
auf das Geschehen in Brüssel.
Dieser kann dort auch abonniert
werden.



Vor Ort in Frankfurt (Oder):



Foto: DiG/Thomas Kläber

Bettina Fortunato

Mitglied des Landtages Brandenburg

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11 | 15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 / 56 229 108
Telefax: 0335 / 56 229 109
Email: buero.frankfurt@bettina-fortunato.de
Internet: www.bettina-fortunato.de

In Gesundheit und Pflege ist kein Platz für Aktionäre!

Interview mit Boba Preuß, Geschäftsführerin des Pflorgeteams Gallus und stellvertretende Kreisvorsitzende der Frankfurter LINKEN. Das Gespräch führte Dr. Horst Dahmann.



Boba Preuß am Tag der Pflege am 12. Mai 2021 auf dem Frankfurter Brunnenplatz

Boba, von Beruf bist du Krankenschwester, hast eine Familie und trägst eine hohe Verantwortung im Pflegedienst. Hinzu kommt die ehrenamtliche Arbeit als stellvertretende Vorsitzende des Kreisvorstandes der LINKEN verbunden mit weiteren Ehrenämtern. Wie schulterst du den Umfang und die Vielfalt dieser Arbeit?

Boba Preuß: Es bedarf guter Zeitplanung und Flexibilität. Meine Familie zeigt viel Verständnis und macht mit.

An meiner Seite steht ein einsatzfreudiges und stets solidarisches Team. Ohne diese Unterstützung wäre die Arbeit nicht zu schaffen und würde mir auch keine Freude bereiten. Familie wie auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sprechen mir immer wieder Mut zu. Dafür bin ich ihnen sehr dankbar. Ich bin stolz auf meine Familie und auf mein Team.

Mit Blick auf die Bundestagswahl liegen dir bestimmt die großen Probleme in Gesundheit und Pflege besonders am Herzen?

Das ist mein Beruf, meine Tagesarbeit. Die ist jedoch nur im Frieden möglich. Meine Großeltern haben als Partisanen für die Befreiung Jugoslawiens und meiner Geburtsheimat Kroatien von der faschistischen deutschen Besatzung gekämpft.

Bereits 1999 ließ die deutsche Bundesregierung in der Koalition von SPD und Grüne wieder Bomben auf Belgrad werfen. Verwandte unserer Familie waren betroffen.

Die Bundeswehr steht noch immer als UNO-Truppe im Kosovo, das von Jugoslawien abgetrennt wurde. Die Vertreibung der meisten Serben aus ihrer Heimat hat sie nicht verhindert. Zwanzig Jahre Krieg mit deutscher Beteiligung in Afghanistan haben mehr als 300 000 Menschen das Leben gekostet. Milliarden, die für Bildung, Gesundheit, Pflege dringend notwendig gewesen wären, wurden vergeudet. Am Ende steht ein Desaster mit unabsehbaren Folgen. Bundeswehr und deutsche Waffen sind auch in anderen globalen Spannungsherden präsent. Frieden schaffen sie nicht. Ich arrangiere mich in der Linkspartei, weil sie die einzige Partei im Bundestag ist, die Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnt und für Abrüstung statt immer umfangreicherer Aufrüstung eintritt. Ich halte es jedoch nicht für richtig, dass sich eine Mehrheit der Linksfraktion im Bundestag bei der Abstimmung über das Mandat zur Evakuierung der Ortskräfte der Stimme enthielt.

Eine glückliche Zukunft für Kinder, gute gesundheitliche Fürsorge für alle Menschen und würdige Pflege im Alter setzt zu aller erst Frieden voraus. Daher bitte ich die Wählerinnen und Wähler in unserer Stadt am 26. September für DIE LINKE zu stimmen.

Aus Statistiken ist zu ersehen, dass der Anteil betagter Menschen zunimmt und mit steigendem Lebensalter auch die Zahl der Pflegebedürftigen. Nicht nur im LINKEN Wahlprogramm, sondern auch in den Medien wird von einem Pflegenotstand gesprochen. Wie trägt die Politik dem Rechnung? Wie siehst du die Situation in unserer Stadt?

Das trifft differenziert auch für Frankfurt zu. Die Menschen, die mit ihrer Arbeit dazu beigetragen haben, dass unser Land reich ist, haben Anspruch auf einen Ruhestand in Würde und auf gute Betreuung im

Alter. In der ambulanten Pflege und den Pflegeheimen wie auch im Krankenhaus wird das Mögliche geleistet. Professionelle Pflege bedingt hohes Verantwortungsbewusstsein und ist physisch und psychisch anstrengend. Es ist Schichtarbeit, auch an Wochenenden, und oft mit Nachtschicht verbunden. Ein ständiges Miterleben von Leid und Tod kennzeichnet die Arbeit der Pflegekräfte. Die meisten Pflegerinnen und Pfleger empfinden die Betreuung pflegebedürftiger Menschen als Berufung.

Pflegeberufe sind, wie die Corona-Pandemie sehr deutlich machte, systemrelevant. Dass diese Berufe für junge Menschen kaum attraktiv sind und ein zunehmendes Defizit an Fachkräften besteht, liegt an ihrer gesellschaftlichen Einordnung. Es ist ein nicht länger hinzunehmender Skandal, dass Pflegerinnen und Pfleger eine geringere Vergütung zugestanden wird als Fachkräften in der Autoindustrie. Auch Menschen, die Angehörige zu Hause pflegen, sind gesellschaftlich und materiell benachteiligt. Denn sie sind gezwungen, verkürzt zu arbeiten oder müssen mitunter auch ihren Beruf aufgeben.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat unlängst ein neues Pflegegesetz vorgestellt. Wird dieses Gesetz die von dir benannten Probleme lösen und aus dem Pflegenotstand herausführen?

Wird es nicht. Das von Spahn vorgestellte Pflegegesetz ist eine Mogelpackung, ein von CDU/CSU und SPD noch kurz vor der Bundestagswahl ausgehandelter „Schnellschuss“, um die Gemüter zu beruhigen. Es handelt sich um einen Flickenteppich von Maßnahmen, der weder den Pflegeberuf gebührend gesellschaftlich aufwertet, noch Familien, die nicht umhinkommen, einen Angehörigen voll stationär pflegen zu lassen, vor Armut bewahrt. Die Pflegeversicherung bleibt eine Teilleistungsversicherung, die die Kosten der Pflege nicht abdeckt. Das geht weiter zu Lasten des Pflegepersonals, zu Lasten der zu pflegenden Menschen und deren Ange-

hörigen. Im Wesentlichen werden Mittel zwischen Pflegesachleistungen umverteilt. Das führt z. B. dazu, dass Berufstätige, die einen zu pflegenden Angehörigen der Tagespflege eines ambulanten Pflegedienstes anvertrauen, sich das kaum noch leisten können.

DIE LINKE fordert in ihrem Bundestagswahlprogramm einen Stopp des Pflege-notstandes und einen Systemwechsel in Gesundheit und Pflege. Was ist darunter zu verstehen?

Ausgehend von ihrem Parteiprogramm kämpft DIE LINKE dafür, dass es bei Gesundheit und Pflege einzig und allein um das Allgemeinwohl aller Menschen geht. Es darf keine Gewinnerwirtschaftung für Aktionäre geben. Das rüttelt am Fundament des Kapitalismus. Daher wird der LINKE Vorschlag für den Systemwechsel in den tonangebenden Medien völlig ausgeblendet.

DIE LINKE tritt für eine neue solidarische Gesundheitsversicherung und für eine solidarische Pflegeversicherung ein. Grundsatz ist, dass alle einzahlen und Beiträge auf sämtliche Einkommen erhoben werden. Bausteine sind die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze, die Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung sowie die Überführung privater in die gesetzliche Pflegeversicherung. Die Krankenversicherung würde von ca. 15 % auf etwa 12% des Bruttolohns sinken. Für Menschen mit einem Monatseinkommen unter 6 300 € würden die Beiträge absolut sinken. Auch viele Selbstständige und Arbeitgeber, die die Hälfte der Beiträge zahlen, wären dann nur mit 6 % belastet, Zuzahlungen und Eigenanteile würden wegfallen. Einige hunderttausend Menschen, die noch immer keinen Krankenversicherungsschutz haben, könnten ohne Verschuldung aufgenommen werden. Die solidarische Pflegeversicherung wäre

in der Lage, alle Pflegeleistungen professionell ohne Eigenanteile bzw. Zuzahlungen zu erbringen. Die Pflegekräfte könnten auf der Grundlage von Tarifverträgen, ihrer Qualifikation entsprechend, gut bezahlt werden. Bessere Arbeitsbedingungen würden ihnen und den zu Pflegenden zugutekommen.

Es ist hier nicht der Platz, um auf die durchaus wichtigen Details einzugehen. Das Bundeswahlprogramm ist in der Geschäftsstelle der LINKEN abrufbar. Natürlich bin ich gerne zu Gesprächen bereit. Es ist uns bewusst, dass für den dringend erforderlichen Systemwechsel in Gesundheit und Pflege, den auch Wohlfahrts- und Sozialverbände fordern, eines „langen Atems“ bedarf.

Die Grundrente – ein Erfolgsmodell?



Die Grundrente wurde nach zahlreichen Anläufen und drei Legislaturperioden zum 01.01.2021 in Kraft gesetzt. Damit erlangen Menschen mit niedrigen Renten, aber langen Erwerbsbiographien, Anspruch auf einen Zuschlag zu ihrer Rente. Rund 70% davon sind Frauen und viele Menschen aus den ostdeutschen Bundesländern. Doch um Armut im Alter zu bekämpfen, reicht dieser Schritt bei weitem nicht aus. Um auch das zu verdeutlichen – es handelt sich nicht um eine neue Rentenart. Nun mehr haben die Rentenversicherer begonnen, „neu zu verrentende Menschen“, die Anspruch auf eine Grundrente haben, diese auszuführen.

Altanspruchsrentner:innen müssen bis Ende 2022/Anfang 2023 warten bis sie dann (rückwirkend) den Zuschlag zur Grundrente bekommen. Dieser Zeitraum wird benötigt, um

Einkommensprüfung vorzunehmen, Anrechnungszeiten zu überprüfen, wobei u.a. Zeiten der Arbeitslosigkeit (ALG I und ALG II-Hartz IV) und die Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderungsrente zählen und der Grundrentenzuschlag nicht um 12,5% gekürzt wird.

Die Anrechnungszeiten von mindestens 33 Jahren werden von vielen ALG I und ALG II/Hartz IV nicht erreicht (ca. 2,7 Millionen Menschen haben keinen Anspruch).

Jetzt ein Trick: Einige können mit einem 450,00 Euro Minijob rentenversicherungspflichtig, die Anrechnungszeiten zu Grundrentenzeiten dazu rechnen. Dazu müssen die Minijobber:innen die Differenz zwischen dem aktuellen Beitragsatz in der gesetzlichen Rentenversicherung (aktuell 18,6%) und dem vom Arbeitgeber zu tragenden Beitragssatz in einem Minijob von 15%, also aktuell 3,6% aus dem „Verdienst“ selber tragen (monatlich 16,20 Euro). Leider sind durch Corona viele Minijobs weggefallen, aber grundsätzlich sollten alle, die einen Minijob annehmen, diese Information haben. Sie könnte auch in „jungen Jahren“ später hilfreich sein.

Kommen wir zu einem Beispiel. (nennen wir sie) Frau Müller hat nach 33 Jahren (396 Monate) 13,9824 Entgeltpunkte erworben

x 33,23 Euro pro Entgeltpunkt, ergibt einen Rentenanspruch von 464,64 Euro. Alle Beitragszeiten sind sogenannte Pflichtbeitragszeiten und sind auf die Grundrentenbewertungszeiten anzurechnen.

Die Ermittlung des Gesamtzuschlages ist ein sehr komplexer Vorgang, der mehrere Seiten Erläuterung bräuchte und ich versuche verkürzt den Sachstand zu erklären. Der Gesamtzuschlag errechnet sich indem der reduzierte Durchschnittswert mit der Anzahl der Kalendermonate der Grundrentenbewertungszeit multipliziert wird und sich somit für Frau Müller ein Grundrentenzuschlag von insgesamt 12,222 Entgeltpunkte x 33,23 Euro = 406,14 Euro errechnet und ihre gesamte Bruttorente bei 870,78 Euro liegt. Bei Berechnung mit Entgeltpunkten West beträgt die Bruttorente

895,93 Euro. Dies ist die Rente vor der Einkommensprüfung, denn diverse Einkommen (Eheleute) werden angerechnet. Auch hier liegen sehr viele hohe Hürden und somit ist der derzeitige Durchschnitt bei dem Grundrentenzuschlag laut Statistik bei sage und schreibe 79,00 Euro. Es bedarf dringend ein soziales Korrektiv im Rentensystem.

Joachim Wawrzyniak

In Erinnerung an Mikis Theodorakis

Der Komponist, Schriftsteller und Politiker Mikis Theodorakis, Volksheld Griechenlands und Internationalist ist am 2. September im Alter von 96 Jahren verstorben.



Mikis Theodorakis und Gregor Gysi in Athen (2012) | Foto: Linksfraktion im Bundestag, www.linksfraktion.de

Der Komponist, Schriftsteller und Politiker Mikis Theodorakis, Volksheld Griechenlands und Internationalist ist am 2. September im Alter von 96 Jahren verstorben.

In der Zeit der faschistischen Militärdiktatur in Griechenland (1967 - 1974) schrieb Theodorakis u. a. drei Lied-Zyklen, zu denen die „Lieder der Patriotischen Front“ gehören. Sie und andere Werke entstanden unter schwierigsten Umständen, in gewissem Maße nachvollziehbar anhand des Erlasses Nr. 13 der Armee:

„Wir haben beschlossen und befohlen:

1. Es ist im ganzen Land verboten, Musik und Lieder des Komponisten Mikis Theodorakis ... zu verbreiten oder zu spielen, diese Musik ist u. a. als Bündnis mit dem Kommunismus zu betrachten. ..

2. Die Bürger, die dieser Bekanntmachung zuwiderhandeln, sind sofort vor Sondergerichte zu stellen und werden dort nach dem Paragraphen 'Belagerungszustand' verurteilt.

**Athen, den 1.6.1967
General Odisseas Angelis“**

(Quelle: Mikis Theodorakis: resistance. INTUITION, a division of SCHOTT Music & Media GmbH, Mainz, Germany)

Freiheit oder Tod

Ermüdet die Sonne und will sich betten,
verlassen die Kämpfer ihre Verstecke.
Die Griechen ziehen in den Strudel der Schlacht der Ruf der Front.
Auf unsrer Fahne „Freiheit oder Tod“.

In ihren Händen Farbe, Athen damit zu markieren,
in ihrem Blick das Funkeln der Freiheit und der Heimatliebe.
Leis' schält sich aus der Nacht der Morgen, mild sein Lächeln,
es ruft die Front und taktet uns ein.

Diktatur. Faschismus. Texas. - Amerikaner, das Volk wird euch überrennen; dann folgt ein rauschendes Fest. - aus Mikis Theodorakis: Lieder der Patriotischen Front

IMPRESSUM

Der Rote Hahn

Informationsblatt der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:

✉ der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Herausgeber

Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzender Stefan Kunath
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)

☎ (0335) 4002047
☎ (0335) 4002031
✉ geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
📄 <http://gleft.de/45M>
🌐 <https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn>
📘 <https://facebook.com/dielinkeffo>
📷 https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn

Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, Sonnhild Grünberg,
Christian Lehmann, Elke Thiele, Joachim Wawrzyniak

weitere Autor:innen:

Horst Dahmann, Frank Kreitner,
Stefan Kunath, Ella Schleese, Günther Wullekopf
Satz und Druck: Willi Wallroth

Spendenkonto:

Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: DE73 1705 5050 3200 6168 99
BIC: WELADED1LOS
bei der Sparkasse Oder-Spree
Kennwort: **Spende DER ROTE HAHN**

Druck: Eigendruck

Auflage: 400

Nächste Ausgabe: 19. November 2021

Einsendeschluss für die nächste Ausgabe:

12. November 2021, 13:00 Uhr

Nach diesem Termin eingesandte Beiträge können nicht mehr berücksichtigt werden!

Beratung der AG Der Rote Hahn: 12. November, 13:00 Uhr, Hybrid-Video-/Telefonkonferenz. Bitte rechtzeitig unter der-rote-hahn@dielinke-ffo.de anmelden!

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier. Ausgezeichnet mit dem Blauen Engel und dem EU Ecolabel.



www.dielinke-ffo.de